

VIII

GLOBALISIERUNG, SOZIALE EXKLUSION, DEMOKRATIE

.....

PROF. DR. FRIEDRICH MÜLLER

Universität Heidelberg/Alemanha.

I

„Globalisierung“ brauche ich hier nicht umfassend zu erklären. Es wäre auch vergeblich. Dafür ist das Phänomen nicht transparent noch gar einheitlich genug.

Auf jeden Fall zählen zur Globalisierung eine komplexe weltweite Arbeitsteilung, ein rasantes unternehmerisches und volkswirtschaftliches Umstrukturieren und das Anwachsen gegenseitiger ökonomischer Abhängigkeit. Man mag es auch wirtschaftliche Integration der Welt nennen; nicht nur symbolisiert, sondern betrieben durch die neuen Machtzentren: Internationaler Währungsfond (IWF), Weltbank, Welthandelsorganisation (WTO) und Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – sie bilden seit einem Jahrzehnt heimlich eine Art planetarer Exekutive. Mit ihrer Hilfe wendet der Westen seine ökonomischen Modelle ebenso abstrakt wie brutal auf Gesellschaften der sogenannten Dritten Welt und der Peripherie an.

Was global wird, ist so erst einmal das Gesetz des Kapitals: Profitmaximierung für wenige durch Entfesselung der internationalen Finanzmärkte. Die Mondialisierung ist eine mondiale Monetarisierung. Der Kampf marktradikaler Ökonomen und Politiker seit den 80er Jahren, besonders in den USA und im Vereinigten Königreich, für Angebotspolitik, Sozialabbau und Deregulierung, für hire und fire, „Flexibilität“ der Lohnabhängigen, Privatisierung, niedrige Steuern und freie Wechselkurse, ihr und ihrer heutigen Epigonen Krieg gegen historisch erkämpfte sozialstaatliche Normen und gegen die Gewerkschaften diente letztlich dem Zweck, der selbstbezüglichen Logik der Finanzmärkte global zum Durchbruch zu verhelfen. Heute haben sich die zeitlich und räumlich unbegrenzten Bewegungen von

Kapitalströmen von den grundlegenden Wirtschafts- und Konjunkturdaten selbständig gemacht. Nach dem System von Bretton Woods (1944) wurden Devisen nur getauscht, um damit Handel und Investitionen zu finanzieren – also in einem Rahmen, der stets auch Feld der Politik und demokratischer Verantwortung gewesen war. Jetzt hat die Spekulation jede rationale, jede im Sinn des Wortes ökonomische Beziehung zum realen Warenverkehr abgestreift. Noch 1971 bezogen sich 90% der internationalen Finanzgeschäfte auf reales und 10% auf spekulatives Kapital; bereits 1995 waren 95% davon spekulativ geworden, zur jetzigen Jahrhundertwende schon 97 bis 98% – bei einer täglich umher floatenden Kapitalmenge von rund eineinhalb Billionen US\$. Das uneingeschränkt und ohne Zweifel globale an der bisherigen Globalisierung ist präzise diese Entfesselung der Finanzmärkte. Ihre irrationalen Capricen haben inzwischen Vorrang vor den Ergebnissen allgemeiner demokratischer Wahlen. Das ist fatal; und es ist auch neu. Denn es hat nicht der Kapitalismus den Realsozialismus in die Knie gezwungen. Es war vielmehr die demokratisch verantwortliche Politik gewesen, die traditionell die Bedingungen für die Märkte des Westens setzte: sozialstaatliche Modelle und solche der gemischten Wirtschaft wie „Ordoliberalismus“, „soziale Marktwirtschaft“, „New Deal“, „Great Society“.

Sehr im Gegensatz hierzu wurde in den USA, begonnen unter Reagan und fortgesetzt durch Clinton, der Schwerpunkt von Innen- und Außenpolitik auf Außenwirtschaft verlagert, von Washington nach Wall Street und Silicon Valley.

II

Inzwischen wächst trotz aller Propaganda der großen Medien, die heute in der Regel Mischkonzernen gehören, der Unmut darüber, dass

der Staat die demokratische Kontrolle über all das verliert, was den Interessen der Grosswirtschaft überlassen wird. Bei einer Umfrage aus Anlaß der WTO-Konferenz in Seattle glaubten nur 37% der Amerikaner in der unteren Hälfte der Einkommenspyramide an die Vorteile der Globalisierung. Dagegen waren 63% der Wohlhabenderen überzeugt, daß die globale Wirtschaft ihnen selbst helfe.

Die Globalisierung vermindert nicht Ungleichheit, wie ihre Herolde sagen. Sie hat sie bisher verbreitert und verschärft – der Weltsozialgipfel 1995 in Kopenhagen, die UN-Vollversammlung in New York Ende Juni 2000 und der Armutsbericht 2000 des Entwicklungsprogramms der UNO (UNDP) haben bittere Schlußfolgerungen gezogen. Die Globalisierung verbessert den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr, den Handel mit Gütern und den Austausch von Arbeitskräften. Aber wenn der Wohlstand auf diese Weise steigt, steigt er nur im abstrakten Durchschnitt. Gewinner sind die Vermögenseigner, ferner die Anbieter hoch qualifizierter Arbeitskraft. Verlierer sind die Arbeiter und einfachen Angestellten, zu schweigen vom Milliardenheer der Arbeitslosen und Ausgeschlossenen. Inzwischen genießen 20 Prozent der Menschen knapp 90 Prozent der Güter. Die reichsten 200 Weltbürger verfügen über ein Vermögen von weit über einer Billion US\$. Das entspricht dem jährlichen Einkommen der Hälfte der Menschheit. Eine Milliarde Personen lebt in Wohlstand, vier Milliarden am Existenzminimum, eine Milliarde in grausamem Elend. Nicht nur private Verfügung, auch weltweite öffentliche Güter (Global Public Goods, vgl. I. Kaul et al. 1999) wie Recht auf Frieden, auf eine intakte Natur, auf Information, auf unbestechliche Behörden und eine faire Justiz werden gerade den Armen und Exkludierten zunehmend vorenthalten, die wegen ihrer verzweiferten Lage nichts kompensieren können. Adam Smith, der differenzierter hinschaute, als seine heutigen Fanatiker glauben machen wollen, unterscheidet durchaus zwischen den Gütern und verweist für derartige Gemeinschaftsgüter zunächst auf den regulierten Staat.

Auch über diese klassische Fallgruppe hinaus sprechen gegen den Ultraliberalismus ernste Gründe dafür, daß eine bestimmte Klasse von Problemen, die der Verteilungspolitik, nach wie vor den Staat braucht. Gerade die Demokratie erfordert es, wirtschaftliche Vorgänge in soziale einzubetten – in der heutigen Lage auch mit internationalen Regelwerken (Scharpf 1997; Streeck/Crouch 1997). Sonst machen staatsfreie Marktvorgänge die

Verantwortung der Verfassungsstaaten und ihre demokratische Legitimierbarkeit allmählich noch mehr zur Farce.

III

Wann und wodurch begann dieses Abtrennen zentraler Entscheidungen der Gesellschaft vom demokratischen Kontext der Tradition?

Man sagt, in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts und nennt es heute etwa Informationsrevolution, digitale Revolution; mit älteren Ausdrücken: Ende des Industriezeitalters, Wechsel vom fordistischen zum postfordistischen Zivilisationsmodell (Revelli 1999) oder Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Das ganze hat keinesfalls nur technische Gründe, seit den 70er (und dann weiter verstärkt in den 80er Jahren) griffen massive politische Entscheidungen ein; zur Beschleunigung kamen globale Deregulierung und Abstrahierung von traditionellen gesellschaftlichen Parametern. Das System von Bretton Woods sah sich verabschiedet, die Kontrollen des Kapitalverkehrs wurden aufgegeben, die Wechselkurse wurden flexibel; innerstaatlich flankierten Sozialabbau und Privatisierung – wiederum politisch entschieden – diese weltweite Entwicklung. Sie verschränkte sich mit der technischen. Idealtypisch gesagt (i.S. von Max Weber): In der vorherigen Industriegesellschaft konnten die Unternehmen, beispielsweise, die Konkurrenz bestehen, indem sie Qualität und Produktivität verbesserten.

In der "Neuen Wirtschaft" dagegen wächst der Wissensvorsprung der Branchenführer immer rascher, von Konkurrenz kaum mehr aufholbar. Technisch-industrielle Produktion, wirtschaftliche Nutzenorientierung und demokratische Regulierung über Rechtsvorschriften kennzeichneten das alte Modell. Kapital, Arbeit und Staat als seine Hauptakteure sind typisch in ein rechtlich bestimmtes Netz von Konflikt- und ein rechtlich gerahmtes von Konsensprozeduren eingebunden. Die realen Stützen dieses Typus sind stetiges Wachstum von Wirtschaft und Arbeitsproduktivität sowie zunehmende Massenkaufkraft.

Seit der wirtschaftspolitischen Wende Mitte der 70er Jahre – auf der Basis der älteren technischen – wächst die Wirtschaft, indem sie tendenziell Beschäftigung *beseitigt*; wird punktueller Reichtum rascher und rascher angehäuft, indem ganze Bevölkerungsgruppen, ganze Branchen – im Fall Afrikas ein ganzer Kontinent – ins Abseits gestellt

werden. Die Unternehmen konzentrieren sich rasant, die Konzerne agieren zunehmend transnational; sie sind es, die für erhebliche Teile des wirtschaftlichen Geschehens die Staaten als steuernde Instanz ablösen.

Auf der Strecke bleiben, unvermeidlich, zentrale Ziele herkömmlicher reformistischer Politik: sozialer Ausgleich, materielle Umverteilung, im Prinzip egalitäre Bildungs- und faire Aufstiegschancen (Revelli 1999). All dies spielt sich wohl gemerkt etwa seit einem Vierteljahrhundert auch in den zentrischen, den G7-Ländern ab, sinnfällig am Übergang von älterer konjunktureller zu „neuer“, zu struktureller Unterbeschäftigung. Nicht die Konjunktur stockt, sondern das ältere Zivilisationsmodell der Arbeit. Die Arbeitslosigkeit ist „nicht das Resultat einer mehr oder weniger temporären Entwicklungskrise. Im Gegenteil: Sie ist die Form der Entwicklung selbst“ (Revelli 1999; vgl. auch Rifkin 1996).

Die neue Wirtschaft der "Wissens"gesellschaft, auf der Grundlage der Informationstechnologie, ist mit anderen Worten immateriell. Ihre Art der Vernetzung wird mit einem noch wenig klaren Ausdruck gerne als virtuell bezeichnet. Auf jeden Fall spottet sie des traditionellen Nationalstaats und seiner Rechtsregeln. Die Akteure der Neuen Wirtschaft sind transnational.

Im alten Produktionsmodell brauchte der Reiche den Armen und er sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, die Arbeiter auszubeuten. In der Neuen Wirtschaft braucht er die Armen nicht mehr ohne weiteres; die er braucht, beutet er – immer weniger daran gehindert – weiterhin aus. Aber schwindelerregend riesige Gruppen von Menschen werden überflüssig – wirtschaftlich, sozial, kulturell und rechtlich exkludiert. Diese Vierte Welt der Überzähligen globalisiert sich zusehends, die entwickeltsten kapitalistischen Gesellschaften eingeschlossen. Und die traditionelle Demokratie als repräsentatives Modell unterliegt angesichts dessen ihrerseits einer immer schlechter zu versteckenden Exklusion.

Ihre Basis kommt ihr abhanden; nämlich sozial und kommunikativ integrierte Menschen, auf die sie angewiesen ist. Wachsende Exklusion, formulierte Niklas Luhmann mit Blick auf Indien, Afrika, Brasilien, aber etwa auch auf Teile der USA, bedeutet die „Produktion“ von Millionen menschlicher Wesen, die aus allen gesellschaftlich notwendigen Kommunikationen fallen.

IV

Besonders gefährlich sind diese Folgen für Entwicklungs- und für Schwellenländer der Weltperipherie. Zum einen wird ihre Wirtschaft von den (in den G7-Ländern gemeldeten) Zentralen transnationaler Konzerne gesteuert; es gelingt ihnen immer weniger, einen nennenswerten eigenen Industrie- bzw. Dienstleistungssektor zu schaffen. Wird z.B. in Brasilien vom Ausland investiert – Volkswagen do Brasil, Renault do Brasil, etc – und die Investition führt zum wirtschaftlichen Erfolg: dann gibt es ökonomische Entwicklung an dem geographischen Ort „Brasilien“, und in dem Nationalstaat, der sich „Föderative Republik von Brasilien“ nennt. Aber was da ökonomisch weiter entwickelt wird, das ist nicht Brasilien.

Dagegen muß sich die Zivilgesellschaft wehren. Sonst gibt es keine Lösung. Denn ohne politische Legitimierung kann die globalisierte, kann auch die transnationale Wirtschaft nicht auf unbegrenzte Zeit die Frage ihrer Akzeptanz verdrängen – vor der Mehrheit der betroffenen Menschen, vor den sozial und politisch aktiven Bürgern. Diese haben für eine verstärkt partizipative Demokratie verzweigte und beweglich verbundene kollektive Handlungsformen neu zu erarbeiten. Wenn die Gewählten nicht mehr entscheiden und die Entscheider nicht gewählt sind, müssen die im exemplarischen Widerstand Stehenden auch nicht auf traditionell nationalstaatliche Weise „gewählt“ sein. Sie legitimieren sich – vorerst – durch ihr Engagement und durch die Offenheit der Diskussion darüber, auf die sie selbst den größten Wert legen.

Globalisierung ist dabei, die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Akteuren und Objekten ihrer Aktion, zwischen Inkludierten und Exkludierten zu vertiefen und zu verbreitern. Jedenfalls die Tendenz geht dahin, die neoliberalen Zweidrittelgesellschaften im Zentrum für die Peripherie durch dortige 9/10 Gesellschaften zu ergänzen. Den (entstehenden) Demokratien kommen die (möglichen) Demokraten abhanden; politische Rechte auf dem Papier brauchen soziale Voraussetzungen, um ausgeübt werden zu können.

Dem steht leider nicht entgegen, was in der internationalen Debatte „Glokalisierung“ genannt wird. Denn es geht immer weniger allein um das ständige Wachsen von Makrostrukturen, welche die globalen Akteure transnational verflechten. Das Neue wird wegen der neuen globalen Vernetzung auch „fassbar im Kleinen, Konkreten, am Ort, im eigenen

Leben, in kulturellen Symbolen“ (Beck 1997, S. 29, 91). Technische Universalisierung, vereinheitlichende Standardisierung, zentrale Formation neuer Macht auf der einen Seite – Desintegration, teilweise Dezentrierung, Partikularismus, Regionalisierung auf der anderen; also zwei gegensätzlichen Bewegungen. Doch ist der Rahmen für dieses Ineinander eben immer weniger der demokratische Nationalstaat mit seiner rechtlichen Kompetenz und Verantwortlichkeit.

V

Daneben führt die gefährlichste Attacke auf Demokratie über soziale Exklusion. Nach dem bisherigen Erfahrungswert ist Globalisierung dabei, sie zu verschlimmern und zu chronifizieren. Exklusion entlegitimiert. Rein spekulatives mobiles Kapital auf einem staat(en)losen Markt überspielt gewählte Parlamente und Regierungen. Es wird im Rahmen der Globalisierung damit genau den demokratischen Methoden der Boden entzogen, mit denen Errungenschaften wie die Menschenrechte und Politikziele wie Umweltschutz zu behandeln sind. In den weniger entwickelten und den Schwellenländern wächst die Erfahrung, daß global angekurbeltes, nur monetär definiertes und makrostatistisch erfasstes Wirtschaftswachstum rechtsstaatliche Sicherungen und good governance nicht ersetzt; daß es ohne sie die Gesellschaften nicht etwa befriedet, sondern mit noch mehr Konfliktpotential anfüllt, sie destabilisiert. Für die USA und andere Industrieländer, sagen Autoritäten wie J. K. Galbraith, William Lewis und Lester Thurow angesichts eines weiterhin ungehemmten Marktes voraus, die Gesellschaft werde in Stücke reißen: „Der Kapitalismus kann damit fertig werden, die Demokratie aber nicht“. Und erst recht in Brasilien und in anderen Ländern in Transformationsprozessen, in labilen oder „defekten“ demokratischen Systemen können die Folgen der Globalisierung gesteigert schaden. Diese sind oft stärker als die Nachwirkung vorautoritärer Traditionen aus einer früheren demokratischen Phase; und sie können die Handlungschancen der civil society leicht überfordern.

VI

In Lateinamerika hat der Kapitalismus wesentlich dünnere Wurzeln als z.B. in den asiatischen Industriestaaten; daher hat man hier mit seinen Krisen, besonders im Sinn von "Hinein!" und "Heraus!" internationaler Investoren schon mehr Erfahrungen sammeln müssen. Bis zur Mexikokrise 1994 und in geringerem Maß auch wieder nach ihr

galt der Subkontinent als guter Investitionstipp. Zur Zeit ist das Kapital wieder im Rückzug begriffen – mit, wie zu befürchten ist, besonders großen Turbulenzen. Das erklärt sich aus der Politik- und Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas. Die Kolonialmächte hatten den Merkantilismus gepflegt, die Regierungen der endlich unabhängig gewordenen Staaten setzten ihn fort. Eliten wurden weiterhin für den Staatsdienst statt für freie Wirtschaft und Industrie ausgebildet; die Industrialisierung seit der 30er Jahren, angestoßen durch populistische Politiker, geschah gegen die Eliten. Die Industrialisierung galt als Sache des Staates. Vater Staat in der industriellen Produktion trat neben den Patron auf dem Landgut; immer wieder auch wurden ausländische Unternehmen annektiert, und die wenigen großen Privatunternehmen hingen vom Wohlwollen der Regierungen ab. Korruption, Inflation und technischer Rückstand waren ein hoher Preis für die fortbestehende Symbiose von Politik und Geschäft. Nach dem Ende des Kalten Krieges öffnete sich der Kontinent dem Weltmarkt, ausländisches Kapital überschwemmte die einheimischen Volkswirtschaften, Staatsunternehmen wurden verkauft. Vater Staat übergab die Rolle des Patrons an multinationale Gesellschaften.

Der so entstehende Kapitalismus ist weitgehend fremdgesteuert, aus Konzernzentralen wie Detroit, Ludwigshafen, Wolfsburg und vielen anderen; seine einheimische Basis ist hauchdünn. Die Kapitalbeschaffung einheimischer Unternehmen an der Börse ist schwach ausgeprägt, das Institut der Volksaktie ist unbekannt. Unter den 500 weltweit größten Unternehmen finden sich sechs lateinamerikanische. Unternehmer sind ungewöhnlich häufig Politiker oder Anwälte, die ihren Betrieb eher als private Geldanlage auffassen. Unternehmerische Forschung, Entwicklung, längerfristige Investitionspolitik werden klein geschrieben; unternehmerische Initiative wirkt sich eher im informellen Sektor aus, der nach häufiger zu lesenden Schätzungen etwa so groß ist wie die statistisch erfaßte Volkswirtschaft Lateinamerikas. Das wirkt natürlich auf die Politik zurück. Speziell für den Fall Brasiliens hat etwa Celso Furtado die zunehmende Unregierbarkeit aufgrund makroökonomischer Abhängigkeiten festgehalten; die Unterworfenheit unter ausländisches Kapital verursache ein „risco crescente de ingovernabilidade do país“ (O Capitalismo Global, S. 73 ff.).

VII

Ein Spezialthema, das in diesem Rahmen nur angedeutet werden kann, besteht in den Auswirkungen von Exklusion auf Demokratisierung, auf die überaus komplexen Vorgänge der Transformation in Systeme, die dann „demokratisch“ zu nennen wären (zum folgenden: Puhle). Von dem Bündel an Faktoren, die vorliegend im Zentrum stehen, kommt es dabei auf die Nachwirkung prädemokratischer Institutionen, aber auch auf „die Erinnerungskraft vorautoritärer Traditionen“ an, vor allem auf frühere demokratische Phasen in der Geschichte eines Landes; nicht zuletzt auch auf Stärke und Entwicklungsstand des Handlungspotentials der Eliten und des allgemeinen Mobilisierungsgrads der Gesellschaft, kurz auf „die jeweilige Stärke der civil society“. Eine solche bremsst vielfältig die Dominanz eines herkömmlich zu „starken“ Staates; beziehungsweise eines Staates, der – wie aktuell in Brasilien – tendenziell wieder immer autoritärer wird. Durchaus nicht alle zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte sind intern demokratisch, viele sind ihrerseits autoritär oder klientelistisch verfaßt; ihre Aktivitäten tragen aber wenigstens zum Pluralismus des ganzen bei. Was Brasilien angeht, so mußte es sich von einem vorhergehenden Militärregime absetzen, und trug seine Verfassungsgebung noch durchaus die Spuren eines paktierten (nicht: revolutionären) Übergangs an sich. Das fast schon wieder erdrückend gewordene Gewicht seines Präsidialregimes führt bei einer traditionell noch zu schwach demokratisierten Zivilgesellschaft zu dem, was in der Transformationsforschung eine „defekte“ Demokratie genannt wird – zumal die praktische Durchsetzbarkeit demokratischer Politik am Mangel rechtsstaatlicher Strukturen leidet. In Brasilien fehlt es weder – leider – an Erfahrung noch auch – glücklicherweise – an Reflexion über diese Zwischenformen zwischen Demokratie und mehr oder weniger autoritärer Herrschaft; Termini wie dictablanda oder democradura zeugen davon. Eine noch fatal starke Basis für solch defekte Hybridformen bildet in Brasilien die weithin archaische politische Struktur: mit der Herrschaft einer klientelistisch agierenden Kaste von Landesfürsten, von „Kaziken“, in den Einzelstaaten sowie – in diesen wie auch auf der Ebene der Föderation – in von den Wählern praktisch nicht kontrollierbaren Volksvertretern, die ihrerseits regionalem und präsidentialem Klientelismus sich fügen.

Um so wichtiger ist es, daß auch im Bereich der mehr oder minder organisierten/organisierbaren „Massen“ ein realer Faktor gelingender Demokratisierung liegt, jedenfalls auf längere Sicht: ohne Kommunikation und Zusammenarbeit mit diesen kann sich auch eine Elite nicht unbegrenzt halten. Demokratisierung, aussichtsreicher „von unten“ als „von oben“ kommend, vollzieht sich eben auch aus einer Vielzahl von Selbsthilfe-, Selbstschutz-, Bürgerrechts- und sonstigen Widerstandsinitiativen. Aber genau hier ist nun wiederum soziale Exklusion etwas ungemein Hinderliches, das mit allen Kräften, um der (künftigen) Realität eines demokratischen Systems willen, bekämpft und zurückgedrängt werden muß. Auch die biologische *Evolution* brauchte ständige *Mutationen*. Solche Mutationen gegen die Globalisierung müssen aus der Zivilgesellschaft kommen.

VIII

Demokratie ist positives Recht eines jeden Menschen. Aber: Noch mehr an Globalisierung wäre für Demokratie tödlich; der bisher erreichte Grad ist hoch gefährlich. Wie kann man aus diesem Abgrund wieder hochklettern? Viele Maßnahmen werden diskutiert. Ich möchte hier einige rechtspolitische nennen: neue sozialstaatliche Ausgleichsziele, wirksame Landreformen, systematische Steuerkredite für die working poor, dramatisch höhere Staats- und Unternehmensinvestitionen in Bildung und Ausbildung, Ernstnehmen und Durchsetzen des geltenden Rechts (Arbeits- und Sozialrecht, Strafrecht, prozessualer Rechtsschutz, Menschenrechte).

Auch viele politische und ökonomische Maßnahmen werden diskutiert. Sie lassen sich unterscheiden nach staatlich-nationalen Maßnahmen, nach internationalen und supranationalen (dazu gehören z.B. das Projekt „Soziales Europa“ oder die Bildung strukturierter Regionen wie Okzitanien-Katalonien und Mercosur). Über die neuartigen, die transnationalen, spreche ich noch. Im Rahmen der konventionellen werden interparlamentarische Arbeitsgruppen zu globalen Themen, ein „Comeback der Parlamente“ und eine Weltversammlung der Parlamente ins Auge gefasst. Interessanter ist der Ansatz, den die UNO in Form der *global public policy group* einzurichten beginnt: als Vorstufe der politischen Prozesse in den traditionellen Institutionen kontroverse Vorhaben von Wissenschaftlern, Politikern, Medien und Unternehmen aufbereiten zu lassen – unter dem

erfreulichen (aber für diese auch gefährlichen) Einbezug von NGOs.

Wie verhalten sich zu diesen neuen Formen transnationaler Wirtschaft und Rechtsbildung die neuen Formen transnationalen Widerstands?

Im vergangenen Jahrzehnt haben Tausende von NGOs, Bürgervereinigungen und Rechts- wie Umweltinitiativen eine Art sozialen Weltgewissens begründet: durch konstruktive Vorschläge, durch Protest, durch symbolische Aktion; durch „lokale“ i.S. von konkret themenbezogener Demokratie auf kommunaler, nationaler und transnationaler Ebene. Ortsnamen wie Seattle, Davos, Washington und Prag – jetzt

Porto Alegre – stehen daher für eine Anstrengung, die globalen Vorgänge *demokratisch* infrage zu stellen und, als Fernziel, legitim zu ändern. Die global players werden kritisch beobachtet, ihr räuberisches Handeln vor einer entstehenden Weltöffentlichkeit delegitimiert; der Appell an Änderungen des Konsumverhaltens kann ferner ein Drohpotential aufbauen, das über den politisch-moralischen Druck auf nationale Regierungen erheblich hinausgeht. Statt abzuwarten, wie eine globale Öffentlichkeit sich aufgrund globalisierender Kommunikation durch die neuen Medien „von

selbst“ ergibt, ist energisches, vielfältiges Handeln nötig.

Vergleichbar ist in emerging democracies die Entwicklung der Zivilgesellschaft nicht einfach geduldig abzuwarten, sondern durch Gruppen, Initiativen und überlegt voluntaristische Einzelaktionen (zu denen Pilotverfahren und Musterprozesse im Rechtssystem zählen) voranzutreiben (Müller 1997) – nicht zuletzt auch durch Formen zunehmender partizipativer Demokratie – der Ortsname „Porto Alegre“ hat hier schon eine globale Strahlkraft entwickelt. Mit anderen Worten: wenn man nicht völlig resignieren will und die politischen Früchte der Aufklärung und Moderne vernichten lassen will – Menschenrechte, Rechtsstaat, Demokratie –, dann braucht die Welt des 21. Jahrhunderts eine Globalisierung von unten.

Gegen die Globalisierung oligopolistischen Kapitals *ist die Demokratie zu globalisieren* – in Formen, die selber demokratisch strukturiert sind, als bewegliche Selbstorganisation; mit einem durch den Widerstand nach und nach zu schaffenden globalen „Volk“ als Akteur und Medium weltöffentlicher Kommunikation, Kritik und einer Konstruktion besserer Optionen: für eine künftige Weltgesellschaft, in der die Ökonomie wieder für die Menschen da sein wird.

L I T E R A T U R

BEAU, O.. Repenser la Démocratie Constitutionnelle. Le Pari d'une Théorie "Post-positiviste" du Droit, in Critique 642 / « Philosophie politique », Paris 2000, S.

BECK, U.. Gegengifte, 1988.

Id.. Weltbürgergesellschaft. Individuelle Akteure und die Zukunftsfähigkeit der modernen Gesellschaft, in Jahrbuch Arbeit und Technik 1996, S. 141 ff.

Id.. Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung, 1997.

BIRNBAUM, N.. Mehr Demokratie wagen, in DIE ZEIT (24. 10. 1997)

Id.. After Progress, Oxford 1998.

BOURDIEU, P., et al.. Das Elend der Welt, 1997.

BRUNKHORST, H.. Ist die Solidarität der Bürgergesellschaft globalisierbar?, in Brunkhorst, H., Kettner, M. (Ed.s.), Globalisierung und Demokratie, 2000, S. 274 ff.

Id., KETTNER, M.. Einleitung, in Brunkhorst, H., Kettner, M. (Ed.s.), Globalisierung und Demokratie, 2000, S. 7 ff.

CASTEL, R.. Die Metamorphosen der sozialen Frage, 2000.

Chomsky, N.. Haben und Nichthaben, 1998.

Id. Profit over People Neoliberalismus und globale Weltordnung, 2000.

CHRISTENSEN, R.. Einleitung zu: Müller, F., Wer ist das Volk? Die Grundfrage der Demokratie, 1997, S. 7 ff.

FALK, R.. On Humane Governance. Toward a New Global Politics, London 1995.

FURTADO, C.. O Capitalismo Global, São Paulo 1998.

GUSY, Chr.. Demokratiedefizite postnationaler Gemeinschaften unter Berücksichtigung der

Europäischen Union, in; Brunkhorst, H., Kettner, M., Globalisierung und Demokratie, 2000, S. 131 ff.

HABERMAS, J.. Der interkulturelle Diskurs über Menschenrechte, in Brunkhorst, H., Köhler, W.R., Lutz-Bachmann, M. (eds.), Recht auf Menschenrechte, 1999, S. 216 ff.

HEILBRONER, R.. Kapitalismus im 21. Jahrhundert, 1994.

KAUL, I., Grunberg, J., Stern, M. A. (eds.), Global Public Goods, New York 1999

KETTNER, M., Schneider, M.-L.. Öffentlichkeit und entgrenzter politischer Handlungsraum: Der Traum von der „Weltöffentlichkeit“ und die Lehren des europäischen Publizitätsproblems, in Brunkhorst, H., Kettner, M. (eds.), Globalisierung und Demokratie, 2000, S. 369 ff.

KÜHNEL, R. Gesellschaft im Umbruch, in Blätter für deutsche und internationale Politik 1994, S. 747 ff.

KUTTNER, R.. Everything for Sale. The Virtues and Limits of Markets, New York 1997.

LINZ, J.J., Valenzuela, A. (eds.), The Failure of Presidential Democracy. Comparative Perspectives, vol. 1, Baltimore 1994.

Id., STEPAN, A. (eds.), Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post Communist Europe, Baltimore 1996.

LIPSET, S.M.. Some Social Requisites of Democracy, in American Political Science Review 53 (1959), S. 69 ff.

LUHMANN, N.. Die Gesellschaft der Gesellschaft, 1998.

LUTZ-BACHMANN, M.. „Weltstaatlichkeit“ und Menschenrechte nach dem Ende des überlieferten „Nationalstaats“, in Brunkhorst, H., Köhler, W.R.,

Lutz-Bachmann, M. (eds.), Recht auf Menschenrechte, 1999, S. 199 ff.

MAUS, I.: Menschenrechte als Ermächtigungsnormen internationaler Politik oder: der zerstörte Zusammenhang von MENSCHENRECHTEN UND DEMOKRATIE, in Brunkhorst, H., Köhler, W.R., Lutz-Bachmann, M. (eds.), Recht auf Menschenrechte, 1999, S. 276 ff.

MICHELMAN, F.J.. Brauchen Menschenrechte eine demokratische Legitimation?, in Brunkhorst, H., Köhler, W.R., Lutz-Bachmann, M. (Ed.s.) Recht auf Menschenrechte, 1999, S. 52 ff.

MOUFFE, Ch. (ed.), Dekonstruktion und Pragmatismus, 1999.

MARTIN, H. P., Schumann, H.. Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, 1996.

MÜLLER, F.. Wer ist das Volk? Die Grundfrage der Demokratie, 1997. – Brasilianische Originalausgabe: Quem é o Povo?, São Paulo 1998; 2. Aufl. 2000

Id.: Que Grau de Exclusão Social ainda pode ser tolerado por um Sistema Democrático?, Porto Alegre 2000.

Id.: Demokratie in der Defensive. Funktionelle Abnützung – soziale Exklusion – Globalisierung, 2001.

NOÉ, C. (zu Birnbaum, N., After Progress, Oxford 1998), in DIE ZEIT (19.11. 1998).

PRZEWORSKI, A.. Democracy and the Market, Cambridge 1991.

PUHLE, H.-J.. Demokratisierungsprobleme in Europa und Amerika, in Brunkhorst, H., Niesen, P. (Eds.), Das Recht der Republik, 1999, S. 317 ff.

REVELLI, M.. Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit, 1999.

RIFKIN, J.. Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, 1996.

RIFKIN, J.. Access – Das Verschwinden des Eigentums, 2000.

ROSAS, A.. Globaler Konstitutionalismus, Menschenrechte und staatliche Souveränität, in

Brunkhorst, H., Kettner, M. (Eds.), Globalisierung und Demokratie, 2000, S. 151 ff.

ROUSSEAU, J.-J.. Du Contrat Social. Paris: Ed. Garnier Frères, 1962.

SAUL, J.. Der Markt frisst seine Kinder, 1999.

SCHARPF, F.W.. Games Real Actors Play, Oxford 1997.

Id. Demokratie in der transnationalen Politik, in Beck, U. (Ed.), Politik der Globalisierung, 1998, S. 228 ff.

SCHMITT-BECK, R.. Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen, in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 42 (1990), S. 642 ff.

SCHRADER, A.. Brasilien: Soziale Fragen, soziale Strukturen, in Paul, W.. (ed.) Verfassungsreform in Brasilien und Deutschland, 1995, S. 17 ff.

SCHWAB, K.. Ende der Gemütlichkeit. Bekommt der Mensch die Globalisierung in den Griff – oder sie ihn?, in DIE ZEIT (27. 1. 2000).

SEE, H., Spoo, E. (eds.), Wirtschaftskriminalität – kriminelle Wirtschaft, 1997

SENNETT, R.. Der flexible Mensch, 1998.

SHARE, D., Mainwaring, S.. Transition Through Transaction: Democratization in Brazil and Spain, in Selcher, W.. (ed.), Political Liberalization in Brazil, Boulder 1986, S. 175 ff.

DE SOUZA E SILVA, J.. Estado-nação está sendo debilitado, in O Povo (17.10. 2000).

SREBERNY, A.. Feministischer Internationalismus: Zur Imagination und Konstruktion globaler Zivilgesellschaft, in Brunkhorst, H., Kettner, M. (eds), Globalisierung und Demokratie, 2000, S. 289 ff.

STIGLITZ, J.. Die Abrechnung, in DIE ZEIT (19.4. 2000).

STREECK, W., Matzner, E. Beyond Keynesianism, London 1991.

Id., Hollingsworth, J.R., Schmitter, Ph.: Governing Capitalist Economies, New York 1994.

Id., Crouch, C.. Political Economy of Modern Capitalism, London 1997.

THÜRER, D.: "Citizenship" und Demokratieprinzip: "Föderative" Ausgestaltungen im innerstaatlichen, europäischen und globalen Rechtskreis, in Brunkhorst, H., Kettner, M. (ed.s), Globalisierung und Demokratie, 2000, S. 177 ff.

THURLOW, L.C.: Die Zukunft des Kapitalismus, 1996.

WITTWEN, A. Infotainment, Bern 1995.